



Vorlage

XI/176/2011

Beratungsfolge	Termin	Entscheidungen
Magistrat	18.10.2011	
Haupt- und Finanzausschuss	01.11.2011	
Stadtverordnetenversammlung	07.11.2011	

Sicherheitskonzept für Neu-Anspach

Sachdarstellung:

In den politischen Gremien wurde in der Vergangenheit immer wieder ein Sicherheitskonzept für Neu-Anspach als notwendig erachtet. Im Zuge der Überprüfung soll auch berichtet werden, inwieweit der Einsatz von Videoüberwachungskameras sinnvoll ist.

Die vier Ordnungspolizeibeamten des örtlichen Ordnungsbehördenbezirkes Neu-Anspach/Usingen verrichten in der Regel einmal wöchentlich Streifengänge bis ca. 23.00 Uhr, anlassbezogen auch länger, sowohl in Neu-Anspach, als auch in Usingen. Die Polizei Usingen führt im Rahmen ihrer Möglichkeiten ebenfalls Überwachungen durch, allerdings ist die Personalstärke auf der Station abends äußerst angespannt. Hinzu kommen die Einsätze des Freiwilligen Polizeidienstes, wobei die vier für unseren Bereich zur Verfügung stehenden Polizeihelfer nur maximal jeweils 20 Std. im Monat eingesetzt werden dürfen. In der Praxis konnte diese Stundenzahl jedoch nie ausgeschöpft werden, da die Personen alle berufstätig sind, teilweise im Schichtdienst arbeiten und die Einsätze nicht so koordiniert werden konnten, dass die volle Stundenzahl in Anspruch genommen werden konnte. Dies wird auch zukünftig nicht anders möglich sein.

Diese häufigen Kontrollen haben dazu geführt, dass es gerade rund um das Feldberg-Center in Neu-Anspach weitaus ruhiger geworden ist. Neben den Überwachungen liegt dies auch an der jetzt sehr übersichtlichen Platzgestaltung mit dem Verzicht auf Einbauten und hohe Hecken.

Parallel zu den Aktivitäten der Ordnungspolizei wurde ein Präventionsrat gebildet, der aus Vertretern der Ordnungsbehörde, der Polizei, der Jugendpflege, der Schulen und dem Bürgermeister besteht. Ziel dieses Präventionsrates ist es, Jugendliche in ihrer Eigenverantwortlichkeit zu stärken, sie bei der Bewältigung von Problemen zu unterstützen und umfassende Hilfestellungen anhand zu geben. Dies kann nur durch die Einbeziehung der Familie erfolgen, um auch das soziale Umfeld der Jugendlichen für die Problematik zu gewinnen. In der Beratung soll die ganzheitliche Situation der Jugendlichen als Grundlage für Maßnahmen erarbeitet werden.

Das HSOG lässt die Videoüberwachung zur Sicherung öffentlicher Straßen und Plätze, auf denen wiederholt Straftaten begangen wurden, sofern tatsächlich Anhaltspunkte für weitere Straftaten bestehen und zum Schutz besonders gefährdeter Einrichtungen, zu. Die entsprechenden Aufzeichnungen können von der Ordnungspolizei oder anderen Autorisierten, z.B. den Haustechnikern des Bürgerhauses, ausgewertet werden, sofern entsprechende Straftaten vorgefallen sind. Ansonsten sind die Aufnahmen zu löschen. Bei der anderen Variante werden die Bilder auf einen Monitor in der Zentrale eines Sicherheitsunternehmens in Echtzeit übertragen. Sofern der dortige Mitarbeiter Straftaten ausmacht, kann er sofort eingreifen und die Polizei in-

formieren. Dieser Ansatz erscheint sinnvoller, als einfach Kameras aufzuhängen und anlassbezogenen Bilder auszuwerten. Allerdings sind derartige Maßnahmen derzeit nicht erforderlich. Die Flächen rund um das Feldberg-Center stellen zwar nach wie vor Treffpunkte für junge Leute dar. Auswüchse, wie vor ca. 2 Jahren waren jedoch in jüngster Vergangenheit glücklicherweise dort nicht zu beklagen. In diesem Jahr ist dies sicherlich auch auf den kühlen und verregneten Sommer zurückzuführen. Hinweise aus der Bevölkerung und eigene Feststellungen zeigen, dass die Örtlichkeiten der Treffpunkte wechseln. Mal sind Vorfälle am Bahnhof zu beklagen, mal auf der Wacht, dann wieder im Rotkehlchenweg oder auf der Skaterbahn.

Die publikumsintensiven Veranstaltungen, allen voraus der diesjährige Hessentag in Oberursel, aber auch das Pfingstturnier und die Usinger Laurentiuskerb, an denen alle verfügbaren Ordnungspolizeibeamten Dienst verrichteten und längere krankheitsbedingte Ausfälle eines Ordnungspolizeibeamten führten dazu, dass die Spätdienste in diesem Sommer nicht wie im vergangenen Jahr durchgeführt werden konnten. Wenn sie dann stattfanden war es ungewöhnlich ruhig an den bekannten Stellen. Einige Tage später waren dann wieder Verschmutzungen oder Vandalismusschäden zu beklagen. Nur glücklicherweise nicht in der Intensität wie früher.

Zielsetzung ist es jedoch, die Spätdienste zu intensivieren und sogar nach Möglichkeit zweimal wöchentlich durchzuführen. Einerseits muss der Kontrolldruck in allen bekannten Gebieten erhöht werden, um das derzeit Erreichte noch zu verbessern. Andererseits erwartet die Bevölkerung, dass die Ordnungsbehörde abends öfter präsent ist. Dies kann jedoch nur dann realisiert werden, wenn das Außendienstpersonal der Ordnungspolizei um zwei Personen aufgestockt wird. Auch für das reguläre Tagesgeschäft bringt eine Aufstockung des Personals Vorteile. Unter Berücksichtigung des Arbeitszeitgesetzes stand uns, bzw. der Bevölkerung nach einem Späteinsatz oder einer Wochenendveranstaltung oft kein Ordnungspolizeibeamter am Folgetag zu Verfügung. Dies hat in der Vergangenheit zu Unverständnis bei der Bevölkerung geführt. Es ist keinesfalls beabsichtigt, durch erhöhten Personaleinsatz vermehrt Verkehrsordnungswidrigkeiten zu ahnden.

Die Stadt Usingen hat bereits signalisiert, dass sie der Personalaufstockung zustimmt und hat entsprechende Mittel im Haushaltsentwurf berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um zwei weitere Ordnungspolizeibeamte für den örtlichen Ordnungsbehördenbezirk zu erweitern. Mit insgesamt sechs Ordnungspolizeibeamten soll ein Einsatzplan erarbeitet werden, der in der Regel zwei Spätdienste pro Woche vorsieht.

Der Haushaltsansatz Personalkosten wird um 79.327,-- € jährlich erhöht. In 2012 wird dieser Betrag jedoch nicht in voller Höhe benötigt, da das Einstellungsverfahren erst nach Haushaltsplangenehmigung durch die Aufsichtsbehörde beginnen kann. Der Einnahmeansatz IKZ mit Usingen wird entsprechend erhöht.

Klaus Hoffmann
Bürgermeister

Haushaltsrechtlich geprüft: